

Große Anfrage

der Abgeordneten Doss, Hauser (Krefeld), Wissmann, Hinsken, Landré, Dr. Unland, Pohlmann, Kraus, Hinrichs, Schulze (Berlin), Frau Will-Feld, Lenzer, Austermann, Bayha, Dr. Becker (Frankfurt) Dr. Blank, Bohlsen, Borchert, Dr. Bugl, Carstensen (Nordstrand), Dr. Czaja, Eigen, Engelsberger, Feilcke, Fellner, Funk, Frau Geiger, Dr. Götz, Haungs, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Höffkes, Dr. Hoffacker, Frau Hoffmann (Soltau), Hornung, Dr. Hüscher, Jäger (Wangen), Jagoda, Dr. Jobst, Jung (Lörrach), Kalisch, Dr.-Ing. Kansy, Keller, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Lammert, Lattmann, Dr. Laufs, Linsmeier, Löher, Louven, Lowack, Frau Männle, Milz, Dr. Möller, Müller (Wadern), Niegel, Dr.-Ing. Oldenstädt, Frau Pack, Rode (Wietzen), Dr. Rose, Rossmann, Ruf, Sauer (Stuttgart), Sauter (Epfendorf), Sauter (Ichenhausen), Scharz (Trier), Schemken, Schmidbauer, Schreiber, Dr. Schroeder (Freiburg), Schulhoff, Schwarz, Dr. Schwörer, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Spilker, Dr. Stark, Stockhausen, Straßmeier, Strube, Susset, Frau Verhulsdonk, Graf von Waldburg-Zeil, Wilz, Wimmer (Neuss), Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Grünbeck, Dr. Graf Lambsdorff, Bredehorn, Dr. Solms, Gattermann, Dr. Feldmann, Dr. Haussmann, Frau Seiler-Albring, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Dr. Weng (Gerlingen), Cronenberg (Arnsberg) und der Fraktion der FDP

Lage und Perspektiven des selbständigen Mittelstandes in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich 1986 im vierten Jahr eines stetigen Aufschwungs. Das Brutto-sozialprodukt wächst, es ist Preisstabilität erreicht, die Leistungsbilanz weist hohe Überschüsse aus, und die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu.

Dies ist das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik von Bundesregierung und Koalition, die im Herbst 1982 mit dem Ziel einer marktwirtschaftlichen Erneuerung angetreten sind. Nur auf der Basis einer soliden marktwirtschaftlichen Politik können wirtschaftliches Wachstum auf Dauer gesichert und die Grundlage für mehr Beschäftigung geschaffen werden.

Mittelstandspolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Auswirkungen ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik auf die Gesamtheit des selbst-

ständigen Mittelstandes der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Zugleich soll die Bundesregierung einen Ausblick auf die zukünftige Politik für den Mittelstand geben.

Der wettbewerbliche Steuerungsmechanismus des Marktes kann sich nur auf der Grundlage einer breiten Schicht leistungsfähiger Unternehmen in jeder Größenordnung vollziehen. Ein ausgewogenes Nebeneinander von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben ist deshalb eine entscheidende Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb und damit für den Bestand der Sozialen Marktwirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie die Freien Berufe gewährleisten durch ihr vielfältiges Angebot an Gütern und Dienstleistungen eine optimale Versorgung der Verbraucher. Sie ermöglichen durch ihr differenziertes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Mittelständische Unternehmen haben durch ihr Engagement und ihre Flexibilität maßgeblich zur Ausweitung des Ausbildungsstellenangebotes für die geburtenstarken Jahrgänge beigetragen, und es ist zu erwarten, daß sie dies auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Der selbständige Mittelstand trägt durch ein hohes Maß an Flexibilität, Kreativität sowie durch seine Leistungs- und Innovationskraft zu Beschäftigung, Wohlstand und Fortschritt bei.

Die Erhaltung unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist daher eng verbunden mit den Erfolgchancen kleiner und mittlerer selbständiger Unternehmen. Die Koalitionsfraktionen sehen in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den selbständigen Mittelstand eine wichtige Aufgabe.

Wir fragen die Bundesregierung:

A. Zahlen und Daten der Entwicklung des selbständigen Mittelstandes

1. Wie viele Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen sowie Großunternehmen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, und welches wirtschaftliche Gewicht und welche Bedeutung für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt haben diese?
2. Hält die Bundesregierung das vorliegende Datenmaterial zum Mittelstand für ausreichend, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie, um zeitnäheres Datenmaterial zugänglich zu machen?
3. Wie hat sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Selbständigen insgesamt und in einzelnen Wirtschaftsbereichen entwickelt, und welchen Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen haben diese? Welches Gewicht kommt dabei mithelfenden Familienangehörigen zu?
4. Wie hat sich die Zahl der Unternehmensgründungen und Liquidationen sowie deren Saldo in den letzten Jahren entwickelt, und welchen Anteil haben die Unternehmensinsolvenzen an der Gesamtzahl ausscheidender Unternehmen?

5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den wachsenden Trend zur beruflichen Selbständigkeit von Frauen weiter zu fördern, und welche Hilfen (z.B. kaufmännische und fachliche Schulung durch Betriebsführungslehrgänge) sieht sie für Frauen, sich selbständig zu machen?

B. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung und selbständiger Mittelstand

6. In welchem Umfang ist der allgemeine Konjunkturaufschwung auch mittelständischen Unternehmen zugute gekommen, und wie hat sich die Ertragslage der mittelständischen Unternehmen entwickelt?
7. Wie wirkt sich die eingetretene stärkere Belebung der Inlandsnachfrage, insbesondere die wachsende Konsumnachfrage infolge steigender Arbeitnehmer- und Renteneinkommen für mittelständische Unternehmen aus?
8. Wie wirken sich insbesondere die erreichte Preisstabilität und die Senkung des Zinsniveaus für mittelständische Unternehmen aus?
9. Wie hat die Bundesregierung bei ihren umweltpolitischen Maßnahmen die besonderen Belange der mittelständischen Wirtschaft berücksichtigt, und welche besonderen Chancen ergeben sich für mittelständische Unternehmen, an den durch die Umweltpolitik ausgelösten Investitionen teilzuhaben?

C. Selbständiger Mittelstand und Arbeitsmarkt

10. Welchen Beitrag leisten kleine und mittlere Unternehmen absolut und relativ in Verbindung zu anderen Arbeitgebern zur Steigerung der Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit?
11. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den kleineren und mittleren Unternehmen für die Beschäftigung von Frauen – auch im gewerblich-technischen Bereich – zu, und wie wird die Beschäftigung von Frauen in kleineren Unternehmen unterstützt?
12. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Dokumentation „Entwicklung und Struktur der Personalausatzkosten“?
13. Auf welchen Gebieten hat die Bundesregierung Maßnahmen durchgeführt, um durch gesetzliche Änderungen Neueinstellungen zu fördern?
- Welche Ergebnisse sind bisher feststellbar?
14. Welche Bedeutung kommt dem selbständigen Mittelstand für die berufliche Bildung zu?
15. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. welche zusätzlichen Maßnahmen hält sie für geeignet, um Schattenwirtschaft, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung wirksamer zu bekämpfen?

D. Selbständiger Mittelstand und Wettbewerbspolitik

16. Wie beurteilt die Bundesregierung den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft?
17. Hat die Bundesregierung Umgehungsversuche der Fusionskontrolle festgestellt, und wie will sie ihnen gegebenenfalls entgegenwirken?
18. Wie will die Bundesregierung auf Dauer einen fairen Leistungswettbewerb sichern, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Selbstbeschränkungsmaßnahmen der Wirtschaft?
19. Hält die Bundesregierung Maßnahmen für erforderlich, um die Existenz mittelständischer Handelsbetriebe und deren maßgeblichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen?
20. Hält die Bundesregierung Franchising-Systeme für ein geeignetes Mittel mittelständischer unternehmerischer Betätigung, und welchen wettbewerbsrechtlichen Spielraum sieht die Bundesregierung für Kooperationen im Rahmen von Franchising-Systemen?

E. Selbständiger Mittelstand und Abbau bürokratischer Hemmnisse

21. Ist es nach Meinung der Bundesregierung zutreffend, daß nach wie vor unangemessene bürokratische Hemmnisse bei der Unternehmensführung vor allem kleine und mittlere Unternehmen stark bedrücken?
22. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in den in Betracht kommenden Bereichen bereits ergriffen, um die Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der „Deregulierung“ zu entlasten und insbesondere bürokratische Belastungen, von denen die mittelständische Wirtschaft besonders betroffen ist, zu beseitigen? Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im Bereich der verteidigungstechnischen Industrie zu ergreifen?
23. Wo sieht die Bundesregierung weitere Möglichkeiten, den unternehmerischen Handlungsspielraum zu erweitern, insbesondere durch Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und Verbesserung anderer Rahmenbedingungen, und welche weiteren Initiativen gedenkt sie zu ergreifen?

F. Selbständiger Mittelstand und Steuerpolitik

24. Wie sind die Unternehmen im allgemeinen und die kleinen und mittleren Unternehmen im besonderen seit Herbst 1982 steuerlich entlastet worden, und wie hoch ist das gesamte Entlastungsvolumen seit 1982?
25. Von welchen Grundsätzen wird sich die Bundesregierung bei den weiteren Schritten der Steuerentlastung leiten lassen?
26. In welcher Weise wird sich die von der Bundesregierung

geplante Steuerstrukturreform für die nächste Legislaturperiode auf den Mittelstand auswirken?

27. Aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung bei ihren Steuerreformüberlegungen die Priorität steuerlicher Entlastungen bei den ertragsabhängigen Steuern, insbesondere durch eine durchgängige Entlastung aller Bürger und Unternehmen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer?

28. Wie beabsichtigt die Bundesregierung die besondere steuerliche Benachteiligung der Selbständigen im Rahmen ihrer Alters- und Krankheitsvorsorge abzubauen?

Ist der Bundesregierung bekannt, wie und in welchem Umfang die Angehörigen des selbständigen Mittelstandes Alters- und Krankheitsvorsorge betreiben?

29. Wie beurteilt die Bundesregierung die notwendige Reform der Gewerbesteuer?

G. Spezifische Probleme des freiberuflichen Mittelstandes

30. Wie sieht die Bundesregierung die Lage der Freien Berufe und nach welchen Grundsätzen handelt sie bei ihrer Freie-Berufe-Politik?
31. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, öffentliche Dienstleistungen auf Selbständige zu übertragen?
32. Wie beurteilt die Bundesregierung die Probleme infolge des erhöhten Nachwuchsdrucks für die Freien Berufe?
33. Welche steuerpolitischen Vorstellungen zu den Freien Berufen hat die Bundesregierung?
34. Wie beurteilt die Bundesregierung die wiederholten Vorschläge aus der SPD, die Freien Berufe zur Gewerbesteuer heranzuziehen?

H. Selbständiger Mittelstand und Existenzgründungsförderung

35. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß unsere Volkswirtschaft eine möglichst große Zahl von Existenzgründungen benötigt, damit der Wettbewerb erhalten und damit unsere Wirtschaft funktionsfähig bleibt?
36. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Neugründungen zu erleichtern, und wie hat sich insbesondere die Zahl der mit Eigenkapitalhilfe und ERP-Existenzgründungsdarlehen geförderten Gründungen entwickelt?
37. Wie entwickelten sich die vom Bund geförderten Beratungen von Existenzgründern?
38. Welche Wirkungen hatten die Fördermaßnahmen des Bundes für Existenzgründer insbesondere auf die Beschäftigung?
39. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um

für größere statistische Transparenz bei den Existenzgründungen in der Bundesrepublik Deutschland zu sorgen?

I. Selbständiger Mittelstand und Forschungspolitik

40. Welche Bedeutung kommt nach Auffassung der Bundesregierung den mittelständischen Unternehmen im Bereich von Forschung und Entwicklung (FuE) für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu?
41. Was hat die Bundesregierung unternommen, um das FuE-Potential in mittelständischen Unternehmen zu stärken und für die Volkswirtschaft vermehrt zu mobilisieren?
42. In welchem Umfang partizipieren mittelständische Unternehmen an öffentlichen FuE-Fördermaßnahmen?
Wie berücksichtigt die Bundesregierung mittelständische Unternehmen im Bereich der Verteidigungstechnik?
43. Auf welche Weise soll der für den technologischen Wandel notwendige Wissenstransfer zwischen Forschung und mittelständischen Unternehmen verbessert werden?
44. Wie hat sich das Programm des Bundes zur Förderung des FuE-Personals in der Wirtschaft entwickelt, und welche Wirkungen wurden damit erzielt?

J. Maßnahmen zur Leistungssteigerung des selbständigen Mittelstandes

45. Wie hoch sind die Ausgaben im Bundeshaushalt für Maßnahmen zur Leistungssteigerung des selbständigen Mittelstandes insgesamt, und wie haben sich diese seit 1982 entwickelt?
46. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen zu, und in welchem Umfang werden hierfür Fördermittel bereitgestellt?
Welche Wirkungsverbesserungen sind für die Beratung mit den neuen Richtlinien 1984 verbunden?
47. Wie hat sich die Förderung des Bundes bei überbetrieblichen Aus-, Weiter- und Fortbildungsstätten seit 1982 entwickelt, wo liegen die Schwerpunkte dieser Förderung, und auf welche Weise wird die Bundesregierung mittelfristig sicherstellen, daß die überbetrieblichen Aus-, Weiter- und Fortbildungsstätten mit der modernen technologischen Entwicklung Schritt halten können?
48. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen, sich an Messen und Ausstellungen zu beteiligen und dadurch ihre Absatzchancen zu verbessern?
Wie können die Hindernisse und Probleme, die für kleine und mittlere Unternehmen mit einer Messebeteiligung verbunden sind, gemindert werden?

K. Selbständiger Mittelstand und Finanzierung

49. Welche Bedeutung kommt nach Auffassung der Bundesregierung einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Unternehmen zu?

Wie kann die Eigenkapitalausstattung verbessert werden?

50. Wie hat sich die Finanzierungssituation mittelständischer Unternehmen insgesamt in den letzten Jahren entwickelt, und welches sind die Gründe hierfür?

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um die Finanzierungsbedingungen weiter zu verbessern?

51. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß mittelständische Unternehmen nur zum kleinen Teil und unter besonderen Schwierigkeiten Zugang zum Kapitalmarkt haben?
52. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten bei der Vermögensbildung für die mittelständischen Unternehmen?
53. Welche Bedeutung haben spezifische Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der betrieblichen Finanzierungsmöglichkeiten?

L. Selbständiger Mittelstand und gemeinschaftliche Mittelstandspolitik in den Europäischen Gemeinschaften

54. Welche Ansatzpunkte sieht die Bundesregierung für eine gemeinschaftliche Mittelstandspolitik in den Europäischen Gemeinschaften?
55. Werden nach Ansicht der Bundesregierung die Interessen des selbständigen Mittelstandes bei den Beschlüssen zur Vollendung eines europäischen Binnenmarktes angemessen berücksichtigt, und welche Initiativen zum Abbau von Barrieren im gemeinsamen Markt, die mittelständische Unternehmen besonders belasten, sind beabsichtigt?
- Welche Chancen und Risiken ergeben sich speziell für die Freien Berufe durch die zunehmende Integration in der Europäischen Gemeinschaft?
56. Welche Fortschritte bei den Bemühungen um Verwaltungsvereinfachung gibt es auf EG-Ebene, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen entlasten?
57. In welcher Weise sind Möglichkeiten für mittelständische Unternehmen verbessert worden, ihr FuE-Potential in die europäischen Forschungsvorhaben einzubringen?

M. Selbständiger Mittelstand, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel

58. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Exportbemühungen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere

auch bei der erstmaligen Erschließung neuer Exportmärkte unterstützt werden sollten, und welche Maßnahmen will sie hierzu ergreifen?

59. Welche Rolle spielen Institutionen wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, die Auslandshandelskammern, die amtlichen Auslandsvertretungen und die DEG-Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, für außenwirtschaftliche Aktivitäten mittelständischer Unternehmen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Belange von Klein- und Mittelunternehmen von diesen Institutionen angemessen berücksichtigt werden?
60. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die mittelständische Wirtschaft an den privatwirtschaftlichen Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern verstärkt teilnehmen zu lassen?
61. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beteiligung von Klein- und Mittelunternehmen am innerdeutschen und Osthandel und sieht sie Verbesserungsmöglichkeiten?

Bonn, den 3. Juli 1986

Doss

Hauser (Krefeld)

Wissmann

Hinsken

Landré

Dr. Unland

Pohlmann

Kraus

Hinrichs

Schulze (Berlin)

Frau Will-Feld

Lenzer

Austermann

Bayha

Dr. Becker (Frankfurt)

Dr. Blank

Bohlson

Borchert

Dr. Bugl

Carstensen (Nordstrand)

Dr. Czaja

Eigen

Engelsberger

Feilcke

Fellner

Funk

Frau Gelger

Dr. Götz

Haungs

Freiherr Heereman von Zuydtwyck

Frau Dr. Hellwig

Herkenrath

Höffkes

Dr. Hoffacker

Frau Hoffmann (Soltau)

Hornung

Dr. Hüsch

Jäger (Wangen)

Jagoda

Dr. Jobst

Jung (Lörrach)

Kalisch

Dr.-Ing. Kansy

Keller

Dr. Kunz (Weiden)

Dr. Lammert

Lattmann

Dr. Laufs

Linsmeier

Löher

Louven

Lowack

Frau Männle

Milz

Dr. Möller

Müller (Wadern)

Niegel

Dr.-Ing. Oldenstädt

Frau Pack

Rode (Wietzen)

Dr. Rose

Rossmann

Ruf
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Schartz (Trier)
Schemken
Schmidbauer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Schwarz
Dr. Schwörer
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Spilker
Dr. Stark
Stockhausen
Straßmeir
Strube
Susset

Frau Verhülsdonk
Graf von Waldburg-Zell
Wilz
Wimmer (Neuss)
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Grünbeck
Dr. Graf Lambsdorff
Bredehorn
Dr. Solms
Gattermann
Dr. Feldmann
Dr. Haussmann
Frau Seller-Albring
Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Weng (Gerlingen)
Cronenberg (Arnsberg)
Mischnick und Fraktion

